

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 05 88 848-48 ppbn d



Inhalt

Björn Engholm, Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, sieht die Ursachen für den Schulstreß vor allem im herkömmlichen Ausbildungssystem.

Seite 1-3

Herbert Brückner, Bremer Gesundheitssenator, spricht sich für eine stärker "patienten-orientierte" Krankenhauspolitik aus.

Seite 4/5

Reinhard Schultz, stellvertretender Juso-Vorsitzender, rät zu einem behutsamen Vorgehen bei Menschenrechtsverletzungen im Ostblock.

Seite 6-8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

33. Jahrgang / 145

1. August 1978

Streß in der Schule: Die Wurzeln liegen im traditionellen Bildungssystem

Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt nicht in die Schule vorverlegen

Von Björn Engholm MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Die Diskussion des mit dem Schlagwort "Streß in der Schule" bezeichneten Problembereichs gehört zu den Widersprüchlichkeiten der bildungspolitischen Szene. Da wird auf der einen Seite der angebliche Leistungsverfall in den Schulen und Hochschulen und auf der anderen Seite die unzumutbare Belastung von Kindern und Jugendlichen beklagt und, abhängig von tagespolitischen Fragen, wird mal diese oder jene Frage in den Vordergrund geschoben.

Vielfach wird versucht, Bildungsreform und Bildungsexpansion der letzten zehn Jahre als Gründe für den "Schulstreß" hauptverantwortlich zu machen. Die Gesamtschule, häufig als "anonyme Mammutschule" etikettiert, dient vielen konservativen Bildungspolitikern als Ansatzpunkt ihrer Kritik, die sie im wesentlichen am angeblichen "Schulstreß" aufhängen. Dabei weisen alle bisher vorliegenden Vergleichsuntersuchungen gerade unter dem Aspekt "Streß in der Schule" die Überlegenheit des Gesamtschulsystems nach:

Gesamtschulen werden von den Schülern positiver beurteilt; die Schüler empfinden weniger Leistungsdruck, haben weniger Schulangst, Schulunlust und allgemeine Angst; ihre Chancen, zu besseren Leistungen und Schulabschlüssen zu kommen, sind günstiger als im dreigliedrigen Schulsystem, das Schulklima und damit zusammenhängende Leistungsbereitschaft der

Schüler sind an den Gesamtschulen günstiger.

Die Wurzeln für das Phänomen "Streß in der Schule" liegen also vielmehr im traditionellen Bildungssystem.

Das Thema hat eine historische Dimension: Bereits in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts sowie zu Beginn und in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts, das als "Jahrhundert des Kindes" begonnen wurde, stand die Belastung der Schulkinder im Zentrum der Diskussion unter Pädagogen und Medizinern. Wer die äußeren Umstände näher untersucht, wird feststellen, daß jedes Mal bildungspolitische Veränderungen - anstehende Reformen und Versuche zur Öffnung der Bildungsgänge für neue Schülergruppen - in einem zeitlichen Zusammenhang mit dieser Diskussion standen.

Ich will mit diesem Hinweis nicht die Gruppe derer verstärken, die meinen, das Problem "Streß in der Schule" sei "so alt wie die Schule selbst" und es damit verniedlichen und zur Tagespolitik übergehen. Die Tatsache, daß viele Schüler unter der heutigen Schulsituation offensichtlich leiden, sich in ihrem Selbstwertgefühl derart beeinträchtigt fühlen, daß sie Angstzustände erleben, in Krankheiten flüchten oder aus beklemmender Angst vor schulischen Leistungsnachweisen keine Zukunftschancen mehr für sich erwarten, muß jeden Bildungspolitiker nachdenklich stimmen. Hier reicht es keinesfalls aus, mit Telefon- und Beratungsnotdiensten zum Zeitpunkt der Versetzungen und Jahreszeugnisse Katastrophen zu verhindern, hier müssen die Ursachen des Problems gesucht und beseitigt werden. Jeder Bildungspolitiker, der nur zum Zeugnisternin das Dilemma beklagt und ansonsten alles beim alten beläßt, macht sich nicht nur öffentlich unglaubwürdig, er handelt auch zutiefst inhuman.

Eine wesentliche Wurzel für den Streß, die Schulangst und Schulunlust, ist in der Auslesefunktion des traditionellen Schulsystems zu sehen. Eng damit verknüpft ist die Praxis der Leistungsbewertung, die davon ausgeht, daß im Sinne der Normalverteilung ein Teil der Schüler das Unterrichtsziel nicht erreicht und - in diesem System folgerichtig - eine Rangreihe unter den Schülern bildet.

Der Versuch des einzelnen Schülers, seinen Leistungsstand zu verbessern, muß sich in diesem System immer gegen andere Schüler richten. Daß ein Unterricht, der das Erreichen einer Ziffernote zum Ziel hat und auch die anderen Lernbereiche des Schülers außer acht läßt, wenig Spaß macht, ist verständlich; und daß sich ohne Freude schlechter lernen läßt, offenkundig.

Der "Streß in der Schule" ist aber nicht allein auf das Auslese- und Beurteilungssystem zurückzuführen, sondern wesentlich von dem Unterrichtsgeschehen und dem persönlichen Verhältnis zwischen Lehrer, Schüler und Eltern abhängig. Hier spielen erzieherische Werte und sozialpädagogische Elemente eine wesentliche Rolle. Der Lehrer darf sich nicht allein als Wissensvermittler verstehen, sondern muß sich vielmehr als Person in den Erziehungsprozeß einbeziehen und den Schüler als Gesamtpersönlichkeit akzeptieren. Hierfür ist erforderlich, daß der Lehrer den außerschulischen Lebensbereich der Schüler kennt und im Unterricht berücksichtigt.

Die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse machen deutlich, daß das Thema "Streß in der Schule" mehr ist als ein Thema der Schule. Man kann es nur bewältigen, wenn man die Rolle des gesellschaftlichen Umfeldes, die mannigfachen Einflüsse einer sich schnell verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit einbezieht, die massiv auf Jugendliche, Lehrer und Familien wirken und die bisher formulierten Erziehungsziele und Wertvorstellungen ständig in Frage stellen.

Es müssen darüber hinaus Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Jugendlichen ermöglichen, ihr Recht auf Bildung und Ausbildung zu verwirklichen. Es gilt dabei, allen Tendenzen entgegenzuwirken, spätere Konkurrenzsituationen auf dem Arbeitsmarkt in die Schule vorzuverlagern. Die von der Bundesregierung verfolgte "Öffnungspolitik" zum Abbau des Numerus clausus im Bereich des Hochschulzugangs und der beruflichen Bildung durch Schaffung eines zusätzlichen Studienplatz- und Ausbildungsplatzangebotes ist deshalb als ein wesentlicher Beitrag zur Entkrampfung der Situation in den Schulen und zur Minderung des Auslese- und Konkurrenzdruckes zu sehen. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Lösung der "Schulstreß-Problematik".

(-/1.8.1978/bgy/lo)

+ + +

Das herkömmliche Chefarzt-System ist überholt

Krankenhäuser müssen Patienten-Bedürfnisse besser berücksichtigen

Von Herbert Brückner

Bremer Senator für Gesundheit und Umweltschutz

Gemessen an dem sozialen Hauptziel des Krankenhauses, dem kranken Menschen eine gute ärztliche Versorgung und eine individuelle Pflege zuteil werden zu lassen, sind immer wieder große Anstrengungen vonnöten, um im Einvernehmen mit den im Krankenhaus tätigen Ärzten, Schwestern, Pflegern und den vielen anderen Mitarbeitern Verbesserungen zu ermöglichen, die dem Patienten zugute kommen. Die in der letzten Zeit sehr stark belebte Diskussion um "Humanität im Krankenhaus" zeigt, daß zunehmend erkannt wird, daß es in dieser Frage keine Pause geben darf.

Gleichzeitig besteht ein weiterer Auftrag darin, die Krankenhäuser nicht nur leistungsfähig, sondern auch wirtschaftlich zu führen. Ein Rezept, wie man ein Krankenhaus zugleich human, leistungsfähig und wirtschaftlich führen soll, ist bisher noch nicht gefunden worden.

In Bremen wird seit mehreren Jahren eine Diskussion um die Verbesserung von Bedingungen des Krankenhausalltags geführt, die durch zusammenfassende Vorschläge jetzt eine neue Orientierung gefunden haben. Durch "Vorschläge zur Neuordnung der Rechts- und Betriebsform und zur Neugliederung der kommunalen Krankenhäuser in der Stadtgemeinde Bremen" wird eine Gesprächsgrundlage geschaffen, die es ermöglichen wird, einen wichtigen Schritt bei der Verwirklichung patientengerechter Verhältnisse im Krankenhaus voranzukommen. Ziel ist es, die innere und die äußere Struktur unserer Krankenhäuser neu zu ordnen.

Die Grundüberlegungen zur "äußeren" Struktur gehen von der Vorstellung aus, daß es den Krankenhäusern um so besser gelingen wird, wirtschaftlich und leistungsfähig zu handeln, je mehr Selbständigkeit und Entscheidungskompetenz ihnen tatsächlich übertragen wird. Es ist deshalb vorgesehen, den kommunalen Krankenhäusern in der Stadtgemeinde Bremen einen Status zu geben, der dem von "Eigenbetrieben" entspricht. Diese Lösung enthält das traditionelle Modell einer öffentlichen Leistungsverwaltung, die unbürokratisches Arbeiten ermöglicht.

Den Krankenhäusern wird damit die Chance eingeräumt, gegenüber ihren Vertragspartnern im eigenen Namen und ohne Einschaltung des jetzt noch letztzuständigen Krankenhausträgers tätig zu werden. Die Mitwirkung des Trägers beschränkt sich künftig im wesentlichen auf die durch Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben.

Mit dem Vorschlag, die kommunalen Bremer Krankenhäuser wie Eigenbetriebe zu führen, ist gleichzeitig die Entscheidung verbunden, keine Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorzunehmen. In den letzten Jahren hatte gerade diese Form

eine Reihe von Befürwortern gefunden, die aber offensichtlich übersahen, daß es sich bei der GmbH um eine Betriebsform handelt, die für marktwirtschaftlich organisierte und im freien Wettbewerb stehende Unternehmen gedacht und geeignet ist, nicht aber für Krankenhäuser mit ihren in erster Linie sozialen Aufgaben.

Die Verbesserung der Krankenhauspraxis wäre aber nur unvollständig, wenn nicht zugleich auch die "inneren" Strukturen entsprechend den gewandelten medizinischen und medizinisch-technischen Gegebenheiten fortentwickelt würden.

Eine Verbesserung der Leistungsstrukturen soll in Bremen dadurch erreicht werden, daß die jetzt von Chefarzten geleiteten Kliniken in - disziplinbezogen - umfassende medizinische Abteilungen eingebracht werden, deren Leitung einem auf Zeit gewählten und bestellten geschäftsführenden Direktor anvertraut wird. In den großen medizinischen Abteilungen wird man neu und zusätzlich medizinische Bereiche einrichten, die mehr als bisher hochqualifizierten Fachärzten die Möglichkeit geben sollen, in ihren Spezialgebieten auf Dauer im Krankenhaus tätig zu sein. Diese Ärzte sollen in kollegialer Form die stationäre Versorgung der Patienten sicherstellen und dafür sorgen, daß den Kranken eine nach den neuesten medizinischen Erkenntnissen bestmögliche Behandlung zuteil wird.

Der Entwurf sieht damit eine deutliche Abkehr von dem herkömmlichen Chefarztsystem vor. Eine größere Anzahl qualifizierter Ärzte soll unmittelbare Verantwortung übertragen erhalten, und zwar ungeteilt auf ihren Spezialgebieten und kollegial für den Gesamtbereich der Abteilung. Dadurch wird berücksichtigt, daß sich eine Wandlung hinsichtlich der Art und des Umfangs ärztlicher Sachkompetenz entwickelt hat.

Die Gesundung der Krankenhauspatienten hängt nicht nur von der Qualität ärztlichen Handelns ab, sondern auch von der sachkundigen und bemühten Arbeit vieler anderer Mitarbeiter im Krankenhaus, insbesondere vom Pflegepersonal. Aus diesem Grund erscheint es wichtig, auch allen diesen Mitarbeitern der medizinischen Abteilungen Mitwirkungsrechte in allen nichtmedizinischen Fragen einzuräumen, damit sie bei der Koordinierung und Verbesserung von Arbeitsabläufen auf den Stationen, bei Fragen der Dienstplangestaltung und zahlreichen anderen Organisationsproblemen ihre Stimme mit einbringen können.

Die Bremer Pläne sehen schließlich vor, daß allen Mitarbeitern der medizinischen Abteilungen in einer "Krankenhauskonferenz" die Möglichkeit gegeben wird, die organisatorischen Angelegenheiten des Krankenhauses mitzuberaten.

Es ist klar, daß Verbesserungen und Reformen nicht gegen die Interessen der Betroffenen durchgesetzt werden können und sollen. Deshalb werden die Direktionen und Personalräte der kommunalen Krankenhäuser sowie die betroffenen Institutionen ausreichend Zeit und Gelegenheit erhalten, sich mit den Vorschlägen kritisch auseinanderzusetzen. Es bleibt zu hoffen, daß die Ergebnisse dieser Diskussion uns alle ein gutes Stück weiterbringen auf dem Wege zu mehr Humanität in unseren Krankenhäusern.

(-/1.8.1978/Ks/10)

Entspannung fortsetzen - Differenzierungsprozeß unterstützen!

Das Verhältnis der SPD zu den Dissidenten im Ostblock

Von Reinhard Schultz

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Es ist für einen demokratischen Sozialisten unerträglich, mit ansehen zu müssen, wie in Osteuropa im Namen des Sozialismus Freiheiten unterdrückt, Demokraten verfolgt werden und Diktatur ausgeübt wird. Und es ist gleichfalls unerträglich, wenn in der sozialdemokratischen Bewegung Genossen diese perverse Umkehrung unseres gesellschaftlichen Ziels, des Sozialismus, auch noch rechtfertigen oder aber den konkreten Terror als entweder nicht existent und als Ausgeburt der psychologischen Kriegsführung kapitalistischer Geheimdienste oder auch als vereinzelte "Fehler" der jeweiligen Staats- und Parteiführungen hinstellen.

Ich gebe Peter von Oertzen recht, wenn er nachdrücklich innenpolitische und außenpolitische Konsequenzen fordert. Doch welche?

Das Dilemma für uns als demokratische Linke ist vielfältig:

- Harte Kritik an der inneren Struktur der osteuropäischen Länder erhöht unsere eigene Glaubwürdigkeit, wird jedoch von rechts sofort umgemünzt in neue bzw. alte "Feindbilder", die die ideologische Grundlage des Kalten Krieges waren und wieder sein können. Die Entspannungsbereitschaft in der Bundesrepublik kann dadurch gefährdet werden, ebenso wie der innenpolitische Antikommunismus als Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Veränderung neue Nahrung bekommen kann.
- Eine solche "ideologische Offensive" kann schnell dazu führen, daß die Differenzierungsprozesse in den osteuropäischen Führungsapparaten gestoppt und sowohl innenpolitische Reformansätze wie auch die Entspannungsbereitschaft der osteuropäischen Regierungen zu reduzieren.
- Die osteuropäischen Regierungen und - wie ich aus eigener Anschauung weiß - auch die Bevölkerungen empfinden die militärische Bedrohung seitens des Westens als real. Historische Erfahrungen sind ebensowenig auszuräumen, wie die Tatsache, daß die Rüstungseskalation durch das westliche Bündnis vorangetrieben wird. "Die Russen holen auf", ist eines der beliebtesten Argumente zur Legitimation neuer

Rüstungsanstrengungen. Wenn "aufgeholt" werden kann, dann muß ja wohl auch jemand "führen" im weltweiten Rüstungswettkampf. Die reale Angst in den meisten osteuropäischen Ländern setzt sich auch in den Herrschaftsstrukturen um: Man will sich nicht schwächen, man will sich auch nicht infiltrieren lassen. Nur das Problem ist: Das verständliche Sicherheitsbedürfnis wird mißbraucht zum Erhalt einer "inneren Sicherheit" der Führung gegen Oppositionen, Innovation.

Reduziert sich so der außenpolitische Handlungsrahmen von demokratischen Sozialisten auf die Organisation gegenseitiger Interessen auf Basis stillschweigend hingenommenen Unrechts? Unrecht auf beiden Seiten: Der Imperialismus des Westens in der Dritten Welt, der Abbau demokratischer Rechte, die Verweigerung oder der Abbau sozialer Rechte, die Hofierung von faschistischen Terrorregimen, soweit sie den "Großen" nützen, ist ebenso real, wie der "reale" Nichtsozialismus in etlichen osteuropäischen Ländern. Und wenn auch Honecker die Berufsverbote in der Bundesrepublik als taktisches Vehikel zur ideologischen Abgrenzung mißbraucht - das ändert nichts an ihrer Existenz.

Bevor man ein Konzept erarbeitet, muß man auch etwas differenzierter die einzelnen osteuropäischen Länder betrachten. Es ist doch keine Frage, daß in Ungarn erneut Reformprozesse ablaufen, die nicht nur auf ökonomische Effektivierung abzielen, sondern auch auf Stärkung der Gewerkschaften als Interessenvertretung gegenüber der Bürokratie, auf Herstellen einer öffentlichen freieren Diskussion u.a. Man wird doch nicht bestreiten, daß in Polen eine Veränderung der politischen Kultur im weitesten Sinne anläuft. Ein etwas genauerer Blick macht schnell klar, daß die UdSSR es sehr schwer hat, ihre "Bruderstaaten" am Zügel zu halten, das zeigt sich insbesondere auch in der Entwicklung der Diskussion zwischen den Jugendorganisationen des "Weltbundes der Demokratischen Jugend". Diese Differenzierungsprozesse können keine Euphorie auslösen. Ja, sie sind sehr zerbrechlich, und die Angst vor 1968 oder 1956 in Wiederholung sitzt allen Beteiligten noch im Nacken. Sie sagen einem das auch immer wieder, verschlüsselt oder hinter der hohlen Hand, einige auch ganz offen. Die "Aufteilung der Welt" in Europa durch die Alliierten ist eine Angelegenheit, die nicht Stalin allein verantwortet. Und da reagieren die Supermächte sehr empfindlich, wenn sich etwas rührt: Die UdSSR in Prag und Budapest, die USA mit ihren deutlichen Warnungen hinsichtlich des "historischen Kompromisses" in Italien, der Veränderung Portugals nach der Revolution, den 68er Unruhen in Frankreich, ganz handfest, wie man weiß, damals in Griechenland.

Wir demokratischen Sozialisten haben keine Veranlassung, alte Feindbilder so zu reaktivieren, daß sie ein Selbstläufer werden, der sowohl die Friedenspolitik gefähr-

det, als auch unsere eigenen Handlungsspielräume für eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einschränkt und der die Differenzierungsprozesse in und zwischen den osteuropäischen Ländern behindert. Die SPD hat alle Veranlassung, eine glaubwürdige "Einheit von Demokratie und Sozialismus" in jeder Phase gesellschaftlicher Entwicklung vorbildhaft durchzusetzen und sich selbst machtpolitischer Eingriffe in die demokratische Entwicklung z.B. der Dritten Welt zu enthalten.

Die Eckpfeiler einer solidarischen und gewaltfreien internationalen Politik auch gegenüber Osteuropa müssen sein:

- Alles unterlassen, was die Gefahr der militärischen Spannung erhöht;
- alles unterlassen, was nach dem Versuch des Exports der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aussieht;
- in jeder politischen Entwicklungsphase die unveräußerliche Einheit von Demokratie und Sozialismus zu praktizieren und zu vertreten.

Auf dieser Grundlage muß ein Sicherheitskonzept angestrebt werden, das die Auflockerung der starren Blockgrenzen ermöglicht, z.B. durch eine militärische Friedens- und Entspannungszone in Mitteleuropa. Nur dadurch werden die Differenzierungsmöglichkeiten innerhalb der Blöcke weiter.

Eine solche Politik schließt jedoch die Notwendigkeit der offensiven Diskussion über die Grenzen hinweg über den Weg der menschlichen Gesellschaft mit ein: Es muß konkretisiert werden, was demokratische Sozialisten unter der Einheit von Demokratie und Sozialismus verstehen. Wir Jungsozialisten haben in diesem Jahr darüber ausführlich z.B. in Budapest und in Bukarest unsere Position dargestellt.

Und wir müssen uns nachdrücklich mit politisch Verfolgten in den osteuropäischen Ländern solidarisieren. Ihr Schicksal muß sowohl innerhalb der Bundesrepublik Deutschland als auch bilateral und auf internationalen Foren diskutiert werden. Nicht im Gleichschritt der Besserwisser, sondern mit dem guten Willen, etwas verbessern zu wollen. Deswegen sind solche Parolen, wie "Sturz der stalinistischen Bürokratien" (Peter von Oertzen) auch wenig geeignet, über das Messerwetzen hinaus zum Dialog zu kommen. Wobei natürlich der Abbau dieser Bürokratien ein Ziel ist, wie auch bei uns der Abbau kapitalistischer Herrschaft. Alles, was über die Form des Dialogs hinaus in ein Stadium des aktiven und unmittelbaren Kampfes von außen in die osteuropäischen Länder mündet, trägt nicht nur zur Verhärtung der Positionen bei, sondern gefährdet auch den Rahmen des Dialogs der Entspannung. Ich sehe keine Unterschiede zwischen Strategieansätzen zur Veränderung der Bundesrepublik, die davon ausgehen, daß durch Verelendung und Provokation der Reaktion dem angeblich faschistoiden Staat die Maske vom Gesicht gerissen werden soll, und einer Strategie gegenüber den osteuropäischen Ländern, in denen das "revolutionäre" Potential durch bewußtes Herbeiführen staatlicher Terrormaßnahmen erhöht und freigesetzt werden soll. Beide Ansätze sind menschenfeindlich.

(-/1.8.1978/ks/lo)

+ + +